

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Ewigkeit“.

Herausgeber und in Vertretung verantwortlicher Redakteur: Johann Stangf in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Postgebühren, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. Anzeigen die dreispaltige Zeile oder deren Raum 80 S. — Postkatalog Nr. 3116.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 16, erste Etage.

An die Mitglieder des Maurer-Verbandes!

Mitglieder, zahlt die Verbandsbeiträge, bevor es Winter wird. Monat November ist der letzte Beitragsmonat und hat fünf Beitragswochen.

Der Streiffonds darf ebenfalls nicht vergessen werden. Das beste Schutzmittel gegen die geplanten Unternehmer-Angriffe auf unsere Organisation ist eine gefüllte Kasse.

Der Vorstand. J. A.: Th. Bömelburg.

Inhalt: Arbeiter- und Unternehmer-Koalition. Vom Kampfe zwischen Kapital und Arbeit in Amerika. Zur Beitragsfrage. — Rundschau. — Baugewerbliches. — Lohnbewegungen und Streiks. — Aus unserer Bewegung. — Literarisches. — Briefkasten.

Ausgesperrt

sind die Verbandskollegen in Pritz i. Pommern.

Im Streik

befinden sich die Kollegen in Glensburg, Teterow und Neumünster.

Sperren sind verhängt

über die Bauten der Unternehmer Seedorf in Bremerhaven, Karmeyer in Wiefefeld, Speer & Mittelburg auf Norderney und Häuser & Florad in Rath v. Düsseldorf.

Außerdem ist Bezug fern zu halten für Stukkateure von Elberfeld, da über folgende Geschäfte die Sperre verhängt ist: Polmann, Schäfer, Benz, Fleck, Güttemeister, Kaiser, Nolte, Dehler, Karbach und Klein.

Arbeiter- und Unternehmer-Koalition.

Schon sehr oft haben wir uns mit der Thatsache beschäftigt, daß für weitaus die meisten Streiks die Unternehmer verantwortlich zu machen sind. Diese Erfahrung ist in allen von der kapitalistischen Wirtschaft beherrschten Ländern gemacht worden. In England wie in Amerika, in Frankreich wie in Belgien und nicht zum Mindesten auch bei uns in Deutschland. Wenn wir ganz absehen von den gar nicht seltenen Fällen, in denen das Unternehmertum die Arbeiter zum Streik treibt, um die daraus sich ergebende Produktions-Beschränkung oder -Stockung zum Vorwand für Preiserhöhungen zu nehmen zu können, so bleibt noch die Frage derjenigen Fälle, welche zeigen, wie die „Arbeitsherren“ Streiks dadurch provozieren, daß sie, um ihrer „Autorität“ Geltung zu verschaffen und die Arbeiter ihrer Willkür vollständig zu unterwerfen, die Forderungen der Arbeiter brutal zurückweisen, sich auf Verhandlungen mit „ihren“ Arbeitern nicht einlassen und gegen die Mitglieder der Arbeiterkoalition mit Vergewaltigungsmahregeln vorgehen. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die koalierte Unternehmerschaft häufig den Ausbruch von Streiks herbeiführt und deren Beendigung verhindert, um daraus Vorwände zu

gewinnen, die Arbeiterkoalition als „gemeingefährlich“ hinzustellen und auf ihre Unterdrückung, sowie auf die Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter hinzuwirken. Sie sagen sich, wenn ihnen das gelinge, so sei ihnen damit reichlicher Ertrag geschaffen für die Schädigungen, die ein Streik mit sich bringt, sie hätten dann eine Arbeiterkoalition mehr zu fürchten.

Die Bemühungen der Unternehmer, sich eine umfassende und starke Organisation zu geben, haben überall die Tendenz, durch Uebermacht den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter ein Ende zu machen. Dabei kommt ihnen die stetige Entwicklung der Technik in erheblichem Maße zu statten.

So äußert der Generalsekretär Warner von der „Vereinigten Gesellschaft der Maschinenbauer“ in England in seiner kürzlich erschienenen Darstellung des vorjährigen Nissenkampfes der englischen Maschinenbauer Folgendes:

„Die Unternehmer bildeten um die Mitte des Jahres 1897 einen starken Bund, um die so gewonnene Macht zur Erlangung vollkommener Oberherrschschaft über die Arbeiterorganisationen zu benützen. Dr. Gaskell vom Unternehmertum hat zu Beginn des Streiks und Oberst Dyer, der Leiter des Unternehmerrundes, hat gegen Ende des Streiks ausdrücklich zugegeben, daß dies der Zweck der Unternehmung war. Die Geltung des Unternehmerrundes hat nicht den Frieden gefördert, sondern im Gegenteil zahlreiche Unternehmern dazu verführt, die Interessen der Arbeiter so schmächtig zu mißachten und gegenüber der Gewerkschaftsorganisation einen Ton und eine Haltung anzunehmen, die, was immer der Beweggrund gewesen sein mag, geeignet war, die Dinge zum Bruch zu treiben.“

Durch Aussperrungen, mit denen sie die Forderungen der Arbeiter, betreffend Lohn- und Arbeitszeit, beantworteten, zwangen die Unternehmer die Arbeiter zum Kampfe.

Alle jene großen Arbeitseinstellungen der Neuzeit, die großen Kohlenarbeiterstreiks in England, Belgien, Frankreich, Amerika und Deutschland sind ebenso wie der vorerwähnte Ausstand der englischen Maschinenbauer wohlüberlegt und direkt von den Unternehmern herbeigeführt worden, um die Arbeiterorganisationen zu zerstören, sie mindestens zu schwächen und die Widerstandskraft der Arbeiter zu brechen. Voraussetzung war den Unternehmern dabei immer, daß das Kapital stärker sei als die Arbeiterkraft.

Beachtenswert ist weiter, was der Präsident des amerikanischen Typographenbundes, Mr. Prescott, in seinem Jahresberichte an den Kongreß dieser Gewerkschaft, der am 10. Oktober stattfand, ausführt:

„Wir müssen die Thatsache anerkennen, daß der Kapitalismus die Maschinenrie für seine Machterweiterung im Laufe der letzten Jahre unüberdärber vermehrt hat.“

Auf dem industriellen Gebiete muß Jedermann zugeben, daß die Gewerkschaften gut organisiert sind und in vielen Fällen sich wirksam und erfolgreich gezeigt haben; auf der anderen Seite kann die Thatsache nicht geleugnet werden, daß vielleicht die Mehrheit Derer, die früher die Stärke der Gewerkschaften bildeten, jetzt nicht für Unternehmer arbeiten, deren Handelt getahmt und deren Feindseligkeit gegen die Arbeiter zurückgebrängt wird durch die Furcht vor der Konkurrenz, sondern sie sind beschäftigt von großen Trusts (Unternehmerverbänden), die in aller Ruhe ihre Forderungen stellen und die Arbeiter durch Hunger unterwerfen. Und, unterstützt von erfahrenen Rechtsgelehrten (deren Jahreshonorar das Jahreseinkommen mancher Gewerkschaften übersteigt) und von schamlosen Beamten, verfügt der Trust über die ganze Macht der Staatsregierung, wenn es gilt, durch Ausshungerung der Arbeiter die Herabsetzung der Löhne zu erzwingen.

„Dabei arbeitet der Unternehmerverband in völliger Sicherheit. Er hat keinen Verlust des Marktes zu befürchten; und ein etwaiger Verlust durch Unterbrechung der Arbeit läßt sich in jedem Falle wieder ersetzen — und zwar über und über ersetzen — durch intensivere Ausbeutung der Arbeiter, sobald der Hunger die Besiegten in das Loch zurückgeführt hat und die Häher der Industrie der Nationalreichthum wieder vermehren.“

Dieses überall zu beobachtenden Thatsachen gegenüber nimmt es sich selbst aus, wenn sowohl die Unternehmer als ihre Bundesgenossen in der Regierung und in den herrschenden Klassen mit der Behauptung auftreten: Ihre Organisation sei dazu bestimmt, „den Frieden zwischen Kapital und Arbeit“ herbeizuführen, die „wohlgesinnten“, „braven“, „ordnungsliebenden“ Arbeiter zu schützen gegen den „Terrorismus“ der Arbeiterorganisationen.

Hier wird die Wahrheit in gewissenloser Weise geradezu auf den Kopf gestellt. Allerdings existirt für die aufgeregten, organisierten Arbeiter die alberne Phrase von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ nicht. Sie wissen, daß zwischen beiden Faktoren ein unvermeidlicher Interessengegensatz besteht. Aber immer sind sie bemüht, ihre berechtigten Interessen auf dem Wege der Verhandlung, der Verständigung mit den Unternehmern zur Geltung zu bringen. Das äußerste Mittel, das entscheidende Kampfmittel wenden sie immer erst dann an, wenn ihnen die Unternehmer kein anderes übrig lassen. Dann aber erlebte man regelmäßig, daß der Chorus der Ordnungspolitiker „in stützer Entrüstung“ herfällt über die sogenannten „Streikflügel“, die „Verführer“, die „Aufreitzer“ und „Umsüßler“, die so ganz und garnicht begreifen wollen, daß die Gleichberechtigung für sie nur in der Theorie existirt und daß sie sich glücklich schätzen müßten, Sklaven des Kapitalismus zu sein. Da wird der Streik verächtlich als ein von den „frivolsten“ Arbeitern heraufbeschworenes Unheil!!!

Diese Demagogen des Kapitalismus und Mammonismus hat kürzlich der Lord Oberrichter von England,

größeren Stille zu erkalten und die Kollegen aus ihrer Gleichgültigkeit und Unthätigkeit aufzurufen habe.

So die finanzielle Seite, wenn die nur nicht wäre, dann müßte es schon gehen! Aber, weil die Herren Baugewerksamtsmitglieder den ihnen feilen Kraft nicht, auch rein gar nichts ablassen wollen, deshalb liegen wir ja mit ihnen fortwährend im Kriege.

* Unter der Leitung der sachverständigen Leitung und Körperleitung fanden Mitglied vor dem Bundesrat Berlin II der Baugewerksamtsvereine...

So die finanzielle Seite, wenn die nur nicht wäre, dann müßte es schon gehen! Aber, weil die Herren Baugewerksamtsmitglieder den ihnen feilen Kraft nicht, auch rein gar nichts ablassen wollen, deshalb liegen wir ja mit ihnen fortwährend im Kriege.

So die finanzielle Seite, wenn die nur nicht wäre, dann müßte es schon gehen! Aber, weil die Herren Baugewerksamtsmitglieder den ihnen feilen Kraft nicht, auch rein gar nichts ablassen wollen, deshalb liegen wir ja mit ihnen fortwährend im Kriege.

So die finanzielle Seite, wenn die nur nicht wäre, dann müßte es schon gehen! Aber, weil die Herren Baugewerksamtsmitglieder den ihnen feilen Kraft nicht, auch rein gar nichts ablassen wollen, deshalb liegen wir ja mit ihnen fortwährend im Kriege.

wenden folgendermaßen berechnet: Für eine einmalige Untersuchung, welche sich sowohl auf die Herstellung als die Verfolgung eines Gesetzes bezieht, werden Frs. 2 angelegt.

Aus unserer Bewegung.

Die Baustelleneverwaltungen derjenigen Orte, wo italienische Berufsleute in größerer Zahl arbeiten, werden auf die italienische Arbeiterzeitung „L'Operaio Italiano“ aufmerksam gemacht.

Die Nr. 12 des „L'Operaio Italiano“, welche mit der Nr. 47 des „Grundstein“ zum Versand kommt, hat folgenden Inhalt: In unsere Leser! — Gerechtigkeits! — Ein Tuch, die Ihr Heil ist... (Witolda Wido). — Italienische Sklaven. — Generalversammlung südbayerischer Maurer. — Kongress der schweizerischen Bauarbeiter. — Wollen sie ausweichen? — Für die Kämpfer. — Bauarbeitern der italienischen Polizei. — Lohn- und Streikbewegung. — Unfälle auf Baustellen. — Verjährungsverbot vom 1. und 1. Januar.

Der „L'Operaio Italiano“ erscheint alle 14 Tage achteinhalb, ist in der Postanstalt unter Nummer 0. 92 a eingetragen und kostet im Postabonnement pro Quartal 75 ¢.

In nächster Zeit auf die Gefahr, daß italienische Maurer in immer größerer Zahl nach den Streikorten als Streikbrecher gezogen werden, ist es dringende Pflicht unserer Verbandsmitglieder, die Verbreitung des Blattes unter den Italienern energisch in die Hand zu nehmen.

In der Mitgliederversammlung der Baustelle Arnberg am 6. November wurde die Lohnfrage besprochen und beschlossen, die die Mehrheit die Forderung zu richten, den Lohn für im Kollektiv ihrer Arbeitskraft sich befindenden Stellen auf 28 ¢, für ältere Kollegen und Junggeheuer auf 26 ¢ pro Stunde festzusetzen und ansatz weisend auf nur zehn Stunden täglich arbeiten zu lassen.

Am Sonntag, 6. November, hielt die Baustelle Westlich ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die von Kassierer verlesene Erklärung vom 2. Quartal zur Aufständen konnte nicht. Beschlossen wurde, die Beitragszahlung vor Beginn der Versammlung vorzunehmen.

Am 30. Oktober hielt die Baustelle Bielefeld ihre Mitgliederversammlung ab. Dem Kassierer wurden 43 ¢ von der Versammlung als Untersuchung bewilligt. Kassierer Heinrich Wiegand wurde als Kassierer der Baustelle ernannt für diesen Winter gewählt.

Am Dienstag, den 1. November, fand in Breslau im Café „Waldhof“ eine Mitgliederversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab die Bevollmächtigte Frau verstorbenen Kollegen, welche durch Erben von den Klagen gestellt wurden.

Am 30. Oktober hielt die Baustelle Sintersee ihre Mitgliederversammlung ab. Diefelbe war ziemlich gut besucht. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde die Abrechnung vom 3. Quartal besprochen.

Die Baustelle Nordend beschloß in ihrer am 7. d. M. stattgefundenen zahlreich besuchten Mitgliederversammlung, ein von der Kommission ausgearbeitetes Schreiben, in welchem die zehntägige Arbeitszeit für die Sommermonate und Regelung

tarifs schloß, der einer demnächst stattfindenden öffentlichen Mauerberufsammlung zur Annahme unterbreitet werden soll: 1. Vom 1. April 1899 an 65 ¢ Stundenlohn. 2. Abschaffung der Akkordarbeit. 3. Abendlohn pro Tag 25 ¢. 4. Stundenlohn für über 60 Jahre alte, altersschwache Kollegen 24 ¢, für Junggeheule im ersten Dienstjahre 27 ¢, im zweiten 30 ¢. 5. Für Nacht- und Wasserarbeit pro Stunde 5 ¢ Zuschlag. 6. In jedem Sommerabend der Stadt 1 Stunde, aber 2 Stunden früher Feierabend ohne Lohnabzug, an dem Sommerabenden vor den hohen Festen 2 Stunden früher. 7. Zuschlag des Lohnes auf dem Bau spätestens 1 Stunde nach Feierabend, wo nicht; Entschädigung der Zeit nach Maßgabe des Tarifs; Wochenlohn auf Freitag Abend. 8. Für gute Handhaben und Ausrüstung ist unter allen Umständen Sorge zu tragen; die Unfallversicherungsbeiträge sollen den Arbeitern ausreichen sichtbar, auszusparen. — Zur Auszahlung der Meistunterstützung wurde dem Kollegen Harpe gewählt, zum Kassierer des „Grundstein“ S. Schulte. Auch wurde beschlossen, daß der Kassierer den 4. 60 überbleibenden Restbestand bei der Streikpartei zu hinterlegen hat.

Am 6. November tagte in Sellmann's Lokal in Oelde die regelmäßige Mitgliederberufsammlung der hiesigen Baustelle. Die zum ersten Punkt der Tagesordnung verlesene Erklärung ergab an Einnahme für die Hauptkasse M. 140,86, für den Restbestand M. 112,10, für die Lokalkasse inf. Restbestand M. 109,52. Die Ausgabe für die Lokalkasse betrug M. 39,95, somit verbleibt ein Saldo von M. 68,57.

Am 2. November fand in Friedrichsstraße die regelmäßige Mitgliederberufsammlung statt. Kollege Mühl erläuterte in klarer Weise den Zweck der Organisation und sprach seine Freude über den zahlreichen Versammlungsbesuch aus.

Am 1. November fand in Grabow eine öffentliche Mauerberufsammlung statt. Kollege Frisöse-Verlin referierte über „Das Konstitutionsrecht im Lichte der Tariffrage“. Redner legte den Anwesenden den § 162 der Gewerbeordnung klar, der es den Arbeitern ermöglicht, durch Streiks günstigeren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen.

In Greiz tagte am Sonntag, 30. Oktober, eine Mitgliederberufsammlung, in welcher Kollege C. F. Fein aus Buda ein Vortrag hielt über: „Der Kampf um das Konstitutionsrecht“.

Am 6. November hielt die Baustelle Gr.-Ammerdeichen ihre Mitgliederberufsammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde die Bevollmächtigte, der Kassierer und die Redner ihre Berichte über den Stand der Organisation vom letzten Quartal, woraus zu erhellen war, daß die Kollegen ihre Pflichten sehr gewissenhaft und mit Eifer erfüllt haben.

Am 30. Oktober hielt die Baustelle Sintersee ihre Mitgliederberufsammlung ab. Diefelbe war ziemlich gut besucht. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde die Abrechnung vom 3. Quartal besprochen.

Am 30. Oktober hielt die Baustelle Sintersee ihre Mitgliederberufsammlung ab. Diefelbe war ziemlich gut besucht. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde die Abrechnung vom 3. Quartal besprochen.

Die Baustelle Nordend beschloß in ihrer am 7. d. M. stattgefundenen zahlreich besuchten Mitgliederberufsammlung, ein von der Kommission ausgearbeitetes Schreiben, in welchem die zehntägige Arbeitszeit für die Sommermonate und Regelung

torischen Streifondsbeitrag einzuführen und von einer Erhöhung der Verbandsbeiträge Abstand zu nehmen, es werden dadurch bedeutend höhere Summen zusammengebracht werden.

Die Zahlstelle Hirtsee beschloß, da die Mehrzahl der Kollegen in den größeren Städten arbeitet, sich den Beschlüssen dieser Kollegen unterzuordnen und im Uebrigen es dem Verbandsrat zu überlassen, die Beiträge festzusetzen.

Am 1. November beschloß die Zahlstelle Hannover mit der Beitragsfrage. Schon beim ersten Punkt der Tagesordnung: „Wie stärken wir am besten unsere Organisation?“ ging der Referent, Kollege Albert Paul, ganz besonders auf die Beitragsfrage ein. Er führte aus: Wenn jetzt von den Mitgliedern ein höherer Beitrag gefordert werden sollte, so halte er es für notwendig, daß denselben dafür dann auch mehr gegeben werde als bisher. Heute schon entschuldigen sich viele verheiratete Kollegen (besonders in den Orten, wo infolge der schwachen Organisation an einen Streit nicht gedacht werden konnte), welche der Organisation fern seien, damit, daß der Verband nur den Besitzen etwas nütze, nämlich durch die Beitragsunterstützung. Diese Auffassung sei ja eine grundsätzliche, sie zeige aber, daß die verheirateten Kollegen doch wohl bedeutend leichter würden zur Organisation herangezogen werden können, wenn auch ihnen eine Unterstützung zur Zeit der Arbeitslosigkeit zu Theil würde. Es würde diese Einrichtung auch dahin führen, daß die Kollegen, wenn sie erst einmal der Organisation angehören, nicht so leicht derselben wieder fern bleiben, wie dies heute in so erheblichem Maße der Fall ist, denn wenn man bedenkt, wie viele Laufende außerhalb dem Verbandsbeitragen und wie unsere Mitgliederzahl am Schlusse eines jeden Jahres stände, so könne man erkennen, wie viele Kollegen der Organisation wieder untreu würden. In einer Anzahl von Gewerkschaften habe man sich in den letzten Jahren bereits mit der Frage der Arbeitslosenunterstützung beschäftigt. Bei der jetzigen Höhe der Beiträge sei die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserem Verbands nicht möglich, wie man aus der Einnahmen derselben sehr genau erkennen könne. Wenn die Erhöhung der Beiträge erfolgen sollte, um den Mitgliedern eine Unterstützung bei Arbeitslosigkeit zu gewähren, so sei er für dieselbe, sollte sie aber nur zu Streikzwecken dienen, so sei er ganz entschieden gegen dieselbe. Er sei überzeugt, daß wir durch Erhöhung der Beiträge zu Streikzwecken Laufende von Mitgliedern verlieren würden und ganz besonders in den kleineren Orten, und dadurch würde unser Verband ganz Bedeutendes an Einfluss und Einkünften verlieren. Der Breslauer Baugewerkschaft habe uns gezeigt, daß die Meister gerade auf unsere große Mitgliederzahl ganz besonders Gewicht legen. Unsere Aufgabe müsse es sein, gerade die ländlichen Kollegen, die sich selber so oft als Streikbrecher gebrauchen können, für die Organisation zu gewinnen; daß sei aber unmöglich, wenn man die Beiträge noch erhöhe, weil es leichtlich zu Streikzwecken, denn den Kollegen in diesen kleineren Orten sei heute schon der Beitrag zu hoch. Würde der Beitrag erhöht, so müßte der Streifonds fallen gelassen werden, dann hätten aber die organisierten Kollegen die ganze Last allein zu tragen, während heute in den Orten, wo auf den Bauarbeiten zum Streifonds gesammelt würde, ein oft nicht geringer Theil der Inhabitanten ebenfalls zum Streifonds zöste, wie dieses z. B. auch hier in Hannover der Fall sei. Wenn die jetzigen Einnahmen nicht genügen, um den Anforderungen, welche durch die Streiks an die Organisation gestellt würden, gerecht zu werden, so möge man das System des Streifonds besser regeln und vor allem, über den Hauptvorstand eine größere Machtbefugnis geben, um solchen Streiks, die von vornherein ausbleiben sind, vorzubeugen, dann würden viele Laufende von Wart erspart werden können. Auch alle nachfolgenden Redner sprachen sich gegen Erhöhung der Beiträge aus und zwar aus denselben Gründen wie Paul. Es wurde betont, daß wir Verbandsmitglieder in Hannover bei einer Erhöhung des Beitrages auf 40 % pro Woche, unter Wegfall des Streifonds, wie es von verschiedenen Zahlstellen vorgeschlagen sei, weniger zu zahlen hätten als jetzt, da hier jedes Mitglied außer seinem Verbandsbeitrage noch wöchentlich zum Streifonds zu zahlen habe, und zwar die Verheirateten 25 % und die Ledigen 50 %. Die Abstimmung ergab, daß 222 Mitglieder gegen und 16 für die Erhöhung der Beiträge stimmten.

Die Zahlstelle Berlin hat sich gegen eine Beitrags Erhöhung ausgesprochen.

Gegen eine Beitrags Erhöhung entschied sich die Zahlstelle Dr.-Lichterfelde in ihrer Mitgliederversammlung am 1. d. M. mit 88 gegen 19 Stimmen.

Die Zahlstelle Rathenow kam in ihrer Mitgliederversammlung am 4. November nach langer Debatte zu dem Beschlusse, daß sich eine Erhöhung der Beiträge nicht empfiehlt, weil dadurch ein großer Theil derjenigen Kollegen, welcher in jüngster Zeit dem Verbands beitreten ist, leicht wieder abgehoben werden könnte, und dann dadurch dem Verbands mehr Nachtheile als Vortheile erwachsen würden. Die Versammlung ist vielmehr der Ansicht, daß der Lohnveränderungsgesetz des Unternehmens vorerst dadurch am besten entgegenzutreten werden kann, daß durch regle Agitation versucht wird, die heute noch fern stehenden Massen der Organisation zuzuführen und diese in derselben zu zielbewußten Mitgliedern heranzubilden. Gelingt dieses, dann wird in Zukunft ein gut Theil Arbeitswilliger weniger vorhanden sein, was jedenfalls nicht zu unterschätzen

wäre. Andererseits würden dem Verbands reichlichere Mittel zufließen, und vor allem würde eine aufgeklärte, zielbewußte Arbeitermasse, welche ja selber heute in dem Maße nicht vorhanden ist, für größere Opfer weit leichter zu haben sein.

Auch die Zahlstelle Glatze (Saale) lehnte eine Beitrags Erhöhung ab. Es wurde ausgeführt, daß, weil die Zahlstelle den Streifondsbeitrag nicht als freiwillig zu zahlende Leistung ansieht, sondern ihn als Zwangsbeitrag betrachtet, genau so wie den Wochenbeitrag, die Mitglieder jährlich, bei einem Durchschnittslohn von 80 % pro Stunde, M. 10.40 an den Verband zu zahlen hätten, und dieser Betrag sei hoch genug. Würden alle Zahlstellen den Streifondsbeitrag obligatorisch einführen und Einrichtungen treffen, wie das hier der Fall, daß die Beiträge von den Mitgliedern abgeholt würden, dann käme Geld genug ein, ohne daß eine Erhöhung der Beiträge statzufinden brauche.

Gegen eine Beitrags Erhöhung sind auch die Mitglieder der Zahlstelle Kreuzburg a. d. Werra, weil die Zahlstelle noch neu und am Orte nur ein Einbudenlohn von höchstens 24 % gezahlt wird. Bei noch höheren Beiträgen würde es unmöglich sein, die inaktiveren Kollegen zu der Organisation heranzuführen, da sie jetzt schon den hohen Beitrag für ihr Fernbleiben als Vorwand benutzen.

Unter einer ähnlichen Begründung lehnte auch die Zahlstelle Arnstadt eine Beitrags Erhöhung ab; sie ist vielmehr für die Beibehaltung der jetzt üblichen Beiträge.

Die Zahlstelle Nordeln beschloß in ihrer zahlreich besuchten Mitgliederversammlung am 7. November einer Erhöhung der Beiträge nicht zuzustimmen; jedoch ist sie dafür, daß statt 75 pSt. der Einnahmen 80 pSt. an die Hauptkasse abzuschicken sind. Es wurde betont, daß, wenn der Streifonds wegfiel und die Beiträge erhöht würden, viele aus den Städten kämen, denn es halte jetzt schon schwer, die Beiträge einzuführen. Liegen wir den Streifonds fallen, so käme hier kurz oder lang der Hauptvorstand doch wieder mit einer Extraversammlung zum Streifonds. Auch wurde betont, daß die Großstädter den meisten Nutzen davon hätten. (Wobon? D. M.) Wenn etwas mehr für die kleineren Zahlstellen gespart würde, dann hätten die Großstädter nicht so viel Kontraste und ein sicheres Vorgehen bei Arbeitsloseinsetzungen, weil sich Alles nach den Großstädten drängt, wo bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen sind.

Mit einer recht eigenartigen Begründung erklärten sich die Mitglieder der Zahlstelle Breda gegen eine Beitrags Erhöhung. Sie sind der Meinung, daß, wenn der Streifondsbeitrag obligatorisch eingeführt wird, so viel Geld zusammenkommen werde wie nöthig sei. Es seien hauptsächlich die kleineren Städte, die das Geld aufzubringen hätten, während in den Großstädten Hunderte von Kollegen herankämen, ohne in dem Maße nur einer einzigen Streifondsarbeit zu sein. Weiter sind sie bestürzt gegen eine Erhöhung des Beitrages, weil nach ihrer Ansicht einige ihrer älteren Kollegen während des Streiks nicht genügend Streikunterstützung erhielten, das Streikcomité ungenügend besetzt werde und der Vorstand ihnen die Mithelferunterstützung verweigert habe. (Soweit uns bekannt, sind die Bredaer Kollegen während ihres Streiks mit derselben Unterstützung bedacht wie die Kollegen in anderen Städten, die denselben Beitrag zahlen und unter ähnlichen Verhältnissen leben. D. M.)

In einer Versammlung der Zahlstelle Saxeisen wurde in der Debatte über die Beitrags Erhöhung von einigen Kollegen der Standpunkt vertreten, daß bei einer Erhöhung der wöchentlichen Beiträge eine Ermäßigung der Streifondsbeiträge eintreten müsse; eine höhere Belastung der Mitglieder dürfe nicht eintreten. In der Abstimmung wurde jedoch jegliche Beitrags Erhöhung abgelehnt.

In der Zahlstelle Haderleben wurde die Frage der Beitrags Erhöhung ebenfalls einer Besprechung unterzogen. Es war die Ansicht herrschend, daß es den hiesigen Mitgliedern bei den geringen Löhnen nicht möglich sei, höhere Beiträge bezahlen zu können. Auch verdient die Thatsache Erwähnung, daß es hier, wie überall, eine Anzahl Mitglieder giebt, die schon bei den jetzigen Beiträgen ihre Verpflichtungen nur sehr ungenügend erfüllen. Die Verwaltung sieht sich schon jetzt wieder in der Lage verkehrt, die säumigen Zahler an ihre Pflicht zu erinnern.

Stundman.

* Die 6. ordentliche Generalversammlung des deutschen Metallarbeiterverbandes wird von dem Vorstande beschlossen zum 4. April n. J. nach Halle (Saale) einberufen. Die probatorische Tagesordnung enthält neben den Punkten rein geschäftlicher Natur auch als Berufungsgegenstand: „Die Arbeitslosenunterstützung und Beitrags Erhöhung.“

Es weht scharfer Wind in Berlin. Das Berliner Polizeipräsidium hat heute, so berichtet der „Vorwärts“ unter dem Titel: „unserem Redaktionskollegen Dr. Joseph Braun die Zurückweisung aus dem preussischen Staatsangehörigen, Braun habe sich durch seine Thätigkeit als Redakteur des „Vorwärts“ nicht gemacht. Wir haben vor längerer Zeit in Aussicht genommen war, und erst durch den jetzt nachstehenden scharfen Reaktionswind zu Ausführung gebracht worden ist.

Die Ausweisung unseres Kollegen Braun ist nur ein Glied in der endlosen Kette ähnlicher Polizeimaßregeln und Maßnahmen, die jetzt wochenlang auf uns niederplagen und die ihrerseits wieder zusammenhängen mit der Epidemie der

Majestätsbeleidigungsprozesse, der Epidemie der Großen-Unterschiedsprozesse und der horrenden sonstigen Verurtheilungen in Sicht des Justizministeriums und des neuen Unrechtsgesetzes, die ihre Schatten auf die unabhängigen Gerichtsstände vorwärts werfen.

Uns hat der Herr Polizeipräsident seinen Schanden ausgelegt, und dem herrschenden System seinen Dienst geleistet. Nicht nur seinen Schanden hat er uns gezeigt, er hat uns eine neue Waffe gegeben, und wir werden sie benutzen.

* Der Arbeitsmarkt im Oktober läßt alljährlich in Folge des Zurückrückens der in der Landwirtschaft überflüssig gewordenen Arbeitskräfte in die Städte ein hartes Leberangebot von Arbeitern auf dem Arbeitsmarkt entstehen. Dieser Zunahme der Arbeitslosen zeigt sich auch im Monat Oktober, obwohl die geschäftliche Konjunktur noch recht günstig ist.

Manchen Produktionszweigen, wie in Eisenindustrie und Maschinenbau, behält sogar, wie wir der neuesten Nummer der Berliner Monatschrift „Der Arbeitermarkt“ entnehmen, eine solche Nachfrage nach Arbeitern. Anberichtet ist die Lage in der Textilindustrie noch immer so trüb, daß jeder Arbeitskräfte frei werden. Es überwiegt jedenfalls das Angebot von Arbeitskräften, wenn auch fastlich im Vergleich zum nächsten Monat des Jahres: die Lage des Arbeitsmarktes im Oktober dieses Jahres um ein Unbedeutendes günstiger erscheint. Nach dem 1. Oktober des Jahres 1897, der im Oktober 1896, gegen 117.1 im Oktober des Vorjahres. Der Anhang hat an 28 (2 aus ausländischen Orten) abgenommen, und an 23 (2 aus ausländischen Orten) zugenommen.

Die Namen: Breslau, Frankfurt a. d. O., Wlodek, Kiel, Danzaburg, Münster, Dortmund, Uelster, Düsseldorf, Aachen, Trier, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Mainz, Eisen, Kaiserslautern, Speyer, Schöppenheim, Mannheim, Konstanz, Pforzheim, Stuttgart, Gumburg, Köln, Halle a. S., Quedlinburg, Ulm, Friburg, Augsburg, — (S. 2. B.)
Rudolf, Hannover, Eisen, Köln, M.-Glabach, Kreuznach, Darmstadt, Worms, Straßburg, Sigm., Freiburg, Karlsruhe, Offenburg, Schillingen, Goppingen, Schw.-Hall, Würzburg, Nürnberg, München. — (Wrim, Winterthur.)

Baugewerbliches.

* Fähigkeit der Bauarbeiter, Berlin. Ein Unfall, der einen Arbeiter das Leben kostete, hat sich am 10. November d. J. in der Nähe des Sperrenhauses in der Leipzigerstraße zugetragen. Dort Arbeiter hatten einen 15 m langen Dachstuhl an die Mauer geschleift und zum Herablassen bereits angefaßt und in die Spinnseil gebracht. Nun machte sich, einem Arbeiter gegenüber, der 27 Jahre alte Arbeiter Emil Schulze aus der Wittenstr. daran, mit einem Brechstein den Balken von der Mauer abzuhaken. Der Balken schlug infolgedessen mit einem wichtigen Schwünge um, traf mit dem einen Ende Schulze am Kopf. Der geschmetterte ihn hieran ein Ende höher stehenden Pfeiler. Von der Höhe sprang er in die Leipzigerstraße und wurde sofort ein Herz gelobt. Dieser konnte aber nicht mehr helfen; der Unglückliche war bereits todt, als der Arzt kam. — Bei Beginn der Arbeit verunglückte am 1. November der Arbeiter Ernst Dreßler auf dem Neubau Gerichte 1 dadurch, daß er infolge eines Fehltrittes von der Leiter aus dem Gerüstfeld in den Keller hinabfiel und sich schwere innere Verletzungen ausgoß.

Leipzig. Am 11. November, kurz vor 12 Uhr, ereignete sich auf einem Fahrtenbau in Leipzig-Plagwitz ein Unfall, indem der auf unten liegende Träger aufschlag. Die Ursache und auf zwei unten liegende Träger aufschlag. Die Ursache und auf zwei unten liegenden Trägern aufschlag. Die Ursache und auf zwei unten liegenden Trägern aufschlag.

München. Von einem Neubau an der Hans-Sachsstraße stürzte am 7. November, Nachmittag, eine Tagelöhnerin ab. Sie wurde schwer verletzt in's Krankenhaus gebracht. München. Am 9. d. M. stürzte auf dem Sattler'schen Neubau, Wollschneiderei, durch Bruch der Aufsteigeleiter vier Arbeiter ab. Einer von den Abgestürzten ist sehr schwer verletzt. Die Leiter sollte von ihrem Ende entfernt werden und es wurden zu diesem Behufe die Seile entfernt, dabei aber vergessen, darauf aufmerksam zu machen, daß die Leiter nicht mehr befestigt werden dürfte.

Stuttgart. Am 8. November, Vormittags, fiel an einem Neubau der Genselstraße ein verfertigter Mauerer beim Aufsteigen von Holz ein Stück auf den Kopf, infolgedessen der Mann zu 11 Meter hoch vom Gerüst abfiel. Er erlitt neben Querschnitten einen Bruch des linken Oberarmes und des linken Unterarmes.

Waldheim (Schaffn). Am 5. November brach an Eisenbau der Waldheimer Bauerei das Gerüst infolge Ueberlastung zusammen, wobei ein Maurer und ein Banblanger verunglückten. Der Bau wird ausgeführt vom Baumeister Hans Wülfel in Waldheim.

Murgen (Gg. Ber.) Beim Bau einer Grenzmauer stürzte am Montag, den 7. November, infolge Gängelns eines in einer Burgel der 62 Jahre alte Handarbeiter Schimurich, welcher mit Transport von Holz beschäftigt war, auf die Starre und zog sich eine lebensgefährliche Wunde an der Nase und eine schwere Verletzung der Halswirbelsäule zu.

* Scharfacher Simon an der Arbeit. Nach einer Mitteilung des „Vorwärts“ ist in einer am 9. d. M. in Berlin tagenden Versammlung eine einheitliche Organisation der „Arbeiter“ im Baugewerbe für ganz Deutschland angebahnt worden. Der durch die Verhandlungen des Zinnungsbundes der Baugewerksmeister in Westfalen und anderer Vereine bekannt gemachte Maurermeister Simon in Berlin, bekannt durch seine Drohung, eventuell die Maurer in ganz Deutschland auf der Wochensitzung zusammenzuführen, war in der Versammlung der Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Simon ist ein Mann von 40 Jahren, der in der Bauindustrie tätig ist. Er hat eine große Anzahl von Vereinen organisiert und ist ein sehr aktiver Mann. Er hat eine große Anzahl von Vereinen organisiert und ist ein sehr aktiver Mann. Er hat eine große Anzahl von Vereinen organisiert und ist ein sehr aktiver Mann.

diese Ausführungen werden nicht unbeachtet bleiben. Im nächsten Jahre wird in untergeschichtlichen Städten die Parole der Meister lauten: Wenn ihre Wesen nicht für den Lohn arbeiten wollen, den wir Euch bieten, dann schließt sie die Thüren. Das heißt nicht hauptsächlich die Kollegen in den größeren Städten betreffen werden, ist selbstverständlich.

Wenn die Unternehmer sind darüber klar, daß, wenn in den großen Städten der Lohn sinkt, er auch in den kleineren sinken muß, wenigstens werden sie eher mit den schwachen Organisationen der Maurer fertig.

Selbstfalls soll man in mehreren kleineren Städten im nächsten Jahre die Arbeitseinstellung verstärken, auch gebieten viele Kollegen, den Lohn ebenfalls zu erhöhen. Wenn man aber das Geld für den Arbeitskreis aufgebracht wird, denn das ist wohl selbstverständlich, daß wir vor allen Dingen bestrebt sein müssen, den bestehenden Lohn ausreicht zu erhalten, dann müssen solche Städte, die Arbeitslosigkeit planen, sich mit dem jetzigen Zustand zufrieden geben.

Ob man die Organisationen Mitglieder verstärkt, ist fraglich. Der ganze Verband würde vor einer gewaltigen Krise stehen, wenn die Maurer zu strengem Frieden müßten, weil die Unterstützung nicht ausreicht. Würden man solche Städte, welche heute das meiste Geld aufbringen, zum Unternehmenszweck angegriffen, dann verlegt die Quelle. Man dann fernnehmen und nicht stellen, wenn die kleinen Städte genug Geld zu haben bekommen? Oder wollen sie sich für hohe Streikfondsbeiträge öffnen, wenn das Geld alle ist?

Wenn die Unterstützung einmütig verweigert, dann ist nachträglich die doppelte Summe überfällig.

Man zur Beitragshöhe selbst. Nach den Verbandsbeiträgen wird bestimmt, daß die Unterstützung festgesetzt, und dies kann sich nicht ändern werden. Aus diesem Grunde hätte ich es für angebracht, den jetzigen Beitrag durchschnittlich um 10 % zu erhöhen und die Streikfondsbeiträge wie jetzt beizubehalten, aber wenigstens die einzelnen Städte die Höhe bestimmen zu lassen.

Dieser Vorschlag wird sich nach meiner Ansicht durchzuführen lassen, denn es haben ganz junge Organisationen beschlossen, den Beitrag um 5 % zu erhöhen unter Beobachtung des bisherigen Streikfondsbeitrages, ohne daß sie beabsichtigen, Mitglieder zu verlieren. Es wird eine Erhöhung um 5 % nicht genügen. Wenn die ausgefallenen Kollegen und die Vertrauensleute den Mitgliedern in jedem Einzelnen nahe legen, daß es sich um die Erhaltung der besten Maurer handelt, dann werden, wenn noch höher diese Forderung besteht, auch andere Bestrebungen zu Tage kommen. Dabei, daß in einer Mitgliederversammlung irgend ein Beschluß gefaßt ist, kann es nicht bleiben; sonst würden sich die Delegierten auf dem Verbandstage tagelang mit dieser Frage zu beschäftigen haben, was uns doch zu heuere werden würde.

Darum will ich aber entschieden abstraten, den Streikfondsbeitrag von den Verbandstagen festsetzen zu lassen. Würde hier der Satz, 80 % den Monat zu erhöhen, angenommen werden, so würde der Beschluß in manchen Städten nicht durchzuführen sein, weil vielleicht jetzt gar kein Streikfondsbeitrag erhoben wird. Andere müßten, wenn sie noch soviel wie früher leisten wollen, einen Extrafondsbeitrag einbringen. Mehrere Städte erhöhen beabsichtigt heute schon 60 % pro Woche, stellen also den Vorschlag Schreiber's in den Schritten und der Hiltmann's noch mehr. Aus all' diesen Gründen dürfte mein Vorschlag, welcher eben kein überaus nur die Lohnhöhe als ausschlaggebend sein; denn die Mieten und auch Lebensmittelpreise sind, obwohl dies bestritten wird, sehr verschieden. Zwischen 1.250 und 800 schwankt der Mietpreis schon in den Großstädten, und dabei sind mitunter noch dort die höchsten Preise, wo lange nicht der höchste Lohn gezahlt wird. Kollegen, die gerecht sind, werden es nicht bestreiten müssen. Dann kann auch in irgend einer Stadt Arbeitslosigkeit eintreten, wie in Hamburg in den Jahren 1898 bis 1896, und dann stellt sich das Jahreslohnkommen eines Maurers in einer solchen Stadt niedriger als in einer anderen, wo gerade Arbeit vorhanden ist, aber weniger Lohn gezahlt wird. Allerdings trifft dies auch umgekehrt zu. Aber wenn ein Kollege 1.60 jährliche Miete zahlt, kann er eher nach einer anderen Stadt ziehen, als ein Kollege, der 1.350 bezahlt. Zum Umgehen steht in den meisten Fällen das Geld.

Aus all' diesen Gründen dürfte mein Vorschlag, welcher aller Berücksichtigung nach ziemlich einstimmig angenommen werden wird, der empfehlenswerteste sein, wenigstens den Prinzipie nach. In der hiesigen Württemberg i. W. wurde in einer am 8. November stattgefundenen Mitgliederversammlung über die Notwendigkeit der Beitragssteigerung diskutiert. Beschlossen wurde, den bisherigen Beitrag um 5 % pro Woche zu erhöhen, und den streikfondsbeitrag zum Streikfonds in seiner bisherigen Form beizubehalten.

Die hiesige Württemberg sprach sich in ihrer Mitgliederversammlung am 8. November für die Beitragssteigerung aus. Kollege Stauder sagte aus, daß, wenn wir einen höheren Beitrag leisten und der Streikfonds wegfällt, ein Kollege 10 bis zu zahlen habe, wie der andere. Anders wäre es jetzt. Die kleineren Städte hat sich an dem Streikfonds beteiligt und die anderen nicht. Diesen Uebel ist nicht anders abzuhelfen, als durch Beitragssteigerung.

In der hiesigen Württemberg entspannt sich in der letzten Mitgliederversammlung über die Beitragssteigerung eine lebhaft Diskussion. Da sich herausgestellt hat, mit welchen Schwierigkeiten es verknüpft ist, zu überwinden, daß sämtliche Kollegen

dem Streikfonds gegenüber ihre Pflicht erfüllen, wurde der Antrag auf Erhöhung der Beiträge von 15 auf 30 %, dafür aber den Streikfonds fallen zu lassen, fast einstimmig angenommen.

Eine Mitgliederversammlung der hiesigen Württemberg, die von 88 Kollegen besucht war, nahm gegen eine Stimme eine Resolution an, die sich für eine zweifelhafte Erhöhung der Beiträge ausspricht und den Vorstand ersucht, halbwegs den Verbandsrat stattdessen zu lassen.

In der hiesigen Württemberg gelangte in der Mitgliederversammlung am 4. November folgende Resolution zur Annahme: „Die heutige Versammlung beschließt, die Streikfondsbeiträge fallen zu lassen und dafür einen regelmäßigen Mitgliederbeitrag von 20 % zu zahlen. Sollte in kurzer Zeit sich unser Lohn, der jetzt noch sehr niedrig steht, erhöhen, so wollen wir auch umgehend unseren Beitrag erhöhen.“

Auch die hiesige Württemberg hat zu der Frage der Beitragssteigerung Stellung genommen und in mehreren Versammlungen darüber diskutiert. Grundsätzlich mehren waren darüber einig, daß die Beiträge erhöht werden müßten, wenn der Verband nicht zurückwärts gehen sollte. Wenn auch verschiedene andere hiesigen Kollegen gegenteiliger Ansicht sind und glauben, daß durch eine Beitragssteigerung eine große Anzahl Mitglieder verloren gehe, so giebt sich doch die hiesige Württemberg der Hoffnung hin, daß dieser Mangel nicht in der gefürchteten Weise eintreten wird. Sie ist der Meinung, daß für einen Rückgang der Mitgliederzahl nur die bestehenden Verhältnisse verantwortlich zu machen sind, weil sie den Mitgliedern nicht den außerordentlichen Wert einer Beitragssteigerung vor Augen geführt haben. Eine Beitragssteigerung ist wohl durchzuführen, und es mangelt nur an dem guten Willen der Kollegen, wenn dies nicht geschieht. Der Streikfondsbeitrag ist fallen zu lassen, weil es hauptsächlich nur eine kleine Anzahl Personen ist, die ihre Verpflichtungen erfüllt. Dafür müßte in den Monaten Mai, Juni, Juli eine Extrasteuer pro Mitglied und Monat von 60 % erhoben werden. Die wöchentlichen Beiträge wären etwa wie folgt festzusetzen: In Orten, wo der Lohn 80 % und weniger beträgt, sind 15 %, von 80-40 % 20 %, von 40-50 % 30 % und von 50-60 % 40 % zu zahlen.

In einer Versammlung der hiesigen Württemberg sprachen sich fast alle Redner für eine Erhöhung der Beiträge aus, nur einer ein wöchentliches Beitrag von 40 % als zu hoch erachtet. Grundsätzlich behaupteten die Kollegen aus den umliegenden hiesigen Orten ein lebhaftes Interesse für die Festsetzung des Beitrages auf 80 %, unter Wegfall der Sammlungen zum Streikfonds. Sie meinten, daß bei dieser Beitragssteigerung sich der Verband wesentlich stärken und kein Mitglied denselben unter den Händen würde. Nach Ansicht des Kollegen Kraus-Nambach müßte der Vorstand darauf hinarbeiten, die Streiks mehr einzubämmen, dann würde nicht so viel Geld gebraucht werden. (Diesen Kollegen hätte es nicht sehr hehrlich, wenn wir bei unserer vorjährigen Lohnbewegung die Zustimmung des Vorstandes nicht finanzieller Unterstützung nicht erhalten hätten. Immer des Schriftführers.) In der Abstimmung wurde der wöchentliche Beitrag auf 35 % festgesetzt, mit der Maßgabe, daß davon nur 20 % am Orte verbleiben.

Die hiesige Württemberg erklärte sich in ihrer Mitgliederversammlung am 6. D. nach einem Referat des Kollegen Dietrich für eine Erhöhung der wöchentlichen Beiträge, unter der Voraussetzung, daß die Streikfondsbeiträge in Wegfall kommen.

Unter der gleichen Voraussetzung beschloß auch die hiesige Württemberg, einen Beitragssteigerung um 5 % pro Woche ihre Zustimmung zu erteilen.

Für eine Erhöhung des wöchentlichen Beitrages von 15 auf 20 %, unter Beobachtung der Sammlungen zum Streikfonds, entschied sich die hiesige Württemberg.

Einer Erhöhung des Beitrages bis zu 30 % pro Woche, unter Wegfall der Streikfondsbeiträge, redet Kollege Eisen in Nambach das Wort. Er ist der Ansicht, daß durch eine Beitragssteigerung die Kosten gleichmäßiger verteilt würden, doch dürfte, wenn der Verband nicht an Mitgliederzahl zurückgehen sollte, die Beitragssteigerung nicht über 80 % hinausgehen. Ferner tritt Eisen dafür ein, daß der von dem Beitrage am Orte verbleibende Prozentsatz von 25 auf 20 % herabgesetzt wird; auch empfiehlt er dem Vorstande eine vorzügliche Handhabung seines Streikgenehmigungsvertrages; mit den Ausführungen der Kollegen Schneider-Mainz und Weyer-Wiesbaden kann er sich nicht befremden.

Die Mitglieder der hiesigen Württemberg stimmen einer Erhöhung des wöchentlichen Beitrages zu, wenn der Streikfonds in Wegfall kommt. Bei einem Stundenlohn bis zu 80 % soll der wöchentliche Beitrag 20 % betragen.

Die hiesige Württemberg beschloß, die Beiträge in der Weise festzusetzen, daß bei einem Stundenlohn von 25 bis 35 % 15 %, bei 35 bis 40 % 20 %, bei 40 bis 50 % 40 % erhoben werden, jedoch soll bei einem Stundenlohn von 25 % die Verpflichtung wegfallen, zum Streikfonds Beiträge leisten zu müssen, wenigstens auch feiner der Kollegen abgeneigt ist, hin und wieder eine Streikfondsbeiträge zu zahlen. Die in Nambach und anderen in der Umgebung liegenden hiesigen Kollegen arbeiten Kollegen verpflichtet sich, die dort üblichen Beitragsätze zu zahlen.

In Nambach beschloß eine am 6. D. stattgehabte Mitgliederversammlung, die Umwandlung des wöchentlichen Streikfondsbeitrages

in einen Einheitsbeitrag von wöchentlich 25 % zu empfehlen.

Auf Antrag des Kollegen G. H. H. beschloß die hiesige Württemberg, den Vorschlag zu machen, daß die Beiträge auf 20 % und in Orten, wo der Lohn über 1.4 beträgt, auf 25 % wöchentlich festgesetzt werden. Die Streikfondsbeiträge kommen in Wegfall und ist dafür ein monatlicher Extrabeitrag, wie er in früheren Jahren bestand, dem Lohn entsprechend einzuführen.

In Eisenburg beschloß eine am 5. November stattgehabte Mitgliederversammlung, für eine Erhöhung des Beitrages auf 30 % pro Woche einzutreten.

Wenn die Streikfondsbeiträge in Wegfall kommen, dann sind die Mitglieder der hiesigen Württemberg für eine Beitragssteigerung um 5 % pro Woche.

Am 6. November erklärte die hiesige Württemberg sich mit der Erhöhung des Beitrages von 20 auf 30 % einverstanden, wenn die Sammlungen zum Streikfonds in Wegfall kommen. Von einer weiteren Erhöhung, so wurde ausgeschlossen, müsse man bestimmten Abstand genommen werden, weil dann eine Verminderung der Mitgliederzahl zu befürchten sei.

Die hiesige Württemberg tritt für eine Erhöhung des wöchentlichen Beitrages ein. Sie wünscht, daß derselbe den Lohnsteigen entsprechend festgesetzt werde, der Streikfondsbeitrag aber in Wegfall komme, da dieser doch nur unregelmäßig eingeht.

Für die Festsetzung des Streikfondsbeitrages und die Erhöhung des wöchentlichen Beitrages, entsprechend den Lohnverhältnissen, tritt auch Kollege K. in Nambach bei. In der Begründung seines Vorschlags sagt er: Soll die Organisation bestehen, so ist es unbedingt notwendig, daß Mittel und Wege geschaffen werden, durch die unsere Kräfte gestärkt wird, denn je größer die Organisation, um so größere Ansprüche werden an sie gestellt werden. Man hat aber die Erfahrung gemacht, daß sich ein großer Teil der Mitglieder an den Sammlungen zum Streikfonds garricht oder nur mit geringem Beitrage beteiligt. Manht man diese Kollegen an die Erfüllung ihrer Pflicht, so ist man oft vielen Unannehmlichkeiten ausgesetzt. Auch ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß verschiedene hiesigen Kollegen ihren Streikfonds beizubehalten und sich um die Aufforderung des Vorstandes, für die Hauptkasse Geldmittel zu beschaffen, garricht kümmern werden. Des Weiteren wünscht der Kollege, daß der Vorstand, bevor er seine Genehmigung zu einer Arbeitseinstellung giebt, eine genaue Prüfung der Verhältnisse voraussehen lasse, um zu verhindern, daß so viele Streiks erfolglos verlaufen, denn ein verloren gegangener Streik läßt die Organisation und das Geld sei überdies nutzlos geopfert.

Kollege Brandt in der hiesigen Württemberg wünscht, daß der Vorstand, um die Meinungen der hiesigen Kollegen in der Beitragsfrage zu erforschen, Fragebogen derselben, die von den hiesigen Kollegen zu beantworten und an den Vorstand behufs Zusammenstellung des Resultats zurückzugeben sind; der Vorstand soll dann das auf diesem Wege gewonnene Resultat dem nächsten Verbandstage zwecks Begutachtung und Beschlußfassung über die Höhe der festzusetzenden Beiträge unterbreiten. Dieses Vorgehen, meint Kollege Brandt, würde den Vorzug haben, daß sich sämtliche hiesigen Kollegen an der Diskussion über die Beitragsätze beteiligen. — Die hiesige Württemberg selbst kam in ihrer letzten Mitgliederversammlung zu dem Beschluß, dem nächsten Verbandstage einen Antrag zu unterbreiten, wonach, unter Zugrundelegung eines Minimalbeitrages, für Kollegen, die bis zu 80 % Stundenlohn verdienen, von 20 % der Beitrag festzusetzen ist nach dem Verdienste steigt. Der Streikfonds soll für Kollegen, die dem Verbande nicht angehören, bestehen bleiben, um auch diese zu finanziellen Leistungen heranzuziehen zu können.

Kollege Geyer-Stettin äußert sich über die Beitragsfrage wie folgt: Die Einführung eines einheitlichen wöchentlichen Beitrages in Höhe von 20 % ist, weil alle Verbandsmitglieder nach einem Ziele streben, eine absolute Notwendigkeit. Auch muß sich der nächste Verbandstag die Aufgabe stellen, die Beiträge zum Streikfonds obligatorisch für alle hiesigen Kollegen einzuführen und zwar in etwa folgender Weise: In hiesigen Orten, wo 1.2-3 Lohn verdient werden, beträgt der Beitrag wöchentlich 10 %, wo 1.3-4 verdient werden, 20 %, wo 1.4-5 verdient werden, 30 %, wo 1.5-6 verdient werden, 40 %, und sämtliche im Buchstabe beschriebene Kollegen, die 60 % Stundenlohn und darüber verdienen, haben 50 % pro Woche zum Streikfonds zu zahlen, wie dies bereits in Stettin üblich ist. Hier haben die beim Mauern beschäftigten Kollegen jede Woche vom März bis einschließlich Oktober, wenn sie über drei Tage gearbeitet haben, 30 % zu zahlen, dies macht für 35 Wochen eine Summe von 10.50. Für die Monate November und Dezember sind pro Woche 10 % zu zahlen. Weiteres ist, bekommt in die betreffenden Wochenurteile einen diesbezüglichen Stempel, und nur diejenigen, deren Karte ordnungsgemäß mit Marken oder Stempel versehen ist, bekommen am Jahresabschluss durch einen Stempel die Bestätigung, daß sie ihre Pflicht erfüllt haben.

Dieses System hat sich in Stettin gut bewährt, die Mitglieder kennen keine andere Methode und sie bleiben dem Verbande treu. Würden wir nun den Beitrag auf 40 % erhöhen und den Streikfonds fallen lassen, so würden wir auf großer Widerstand stoßen und auch Mitglieder verlieren. Ich möchte daher den anderen hiesigen Kollegen empfehlen, ebenfalls einen wöchentlichen

Beitrag zu zahlen. In Eisenburg beschloß eine am 6. D. stattgehabte Mitgliederversammlung, die Umwandlung des wöchentlichen Streikfondsbeitrages

in einen Einheitsbeitrag von wöchentlich 25 % zu empfehlen.

Und dann die Krankentassen! So lange die obligatorische Krankenversicherung besteht, nehmen die reaktionären Elemente Anstoß daran, daß die Arbeiter durch das Gesetz berufen sind, an der Verwaltung der Tassen teilzunehmen. Auch in dieser „Frage“, die für vernünftige und ehrliche Politiker gar nicht existiert, die lediglich das Produkt „ordnungspolitischer“ Furcht und Niederkniet ist, muß die Sozialdemokratie herhalten, um das infame Bestreben, die Arbeitervertretung zu beseligen, einer „Rechtssicherung“ zu unterziehen. Die „Rechtliche Zeitung“ und die Münchener „Allgemeine Zeitung“ brachten kürzlich Artikel, in denen ausgeführt wurde, es sei notwendig, das Krankentassengesetz zu ändern, um die „Macht der Sozialdemokratie einzunengen“!!! Diese Kapitalistenblätter sehen die „sozialdemokratische Gefahr“ in Zweierlei:

Einmal sollen die Stellen der Rassenbeamten dazu verwendet werden, sozialdemokratischen Agitatoren den Unterhalt zu verschaffen. Sie würden als Rassenbeamte bestohet und würden dadurch in den Stand gesetzt, Parteilagitation zu betreiben, ohne daß von der sozialdemokratischen Partei ihnen etwas dafür bezahlt zu werden brauchte!!! Noch mehr beunruhigt werden sollte die Rassen durch das Zweite: sie befürchten, die von Sozialdemokraten geleiteten Krankentassen würden nur solche Netze anstellen, die sich zur Sozialdemokratie hetzen, und die dadurch geschaffene Zwangslage würde die Menge in großer Zahl zum Anschlusse an die Sozialdemokratie veranlassen. Deshalb müßten die Rechte der Arbeitgeber in der Rassenverwaltung vermehrt werden!!!

Um die ganze demagogische Ungeheuerlichkeit dieses Vorstoßes zu erkennen, braucht man sich nur zu vergegenwärtigen, daß es füglich eine ganz natürliche Erwiderung ist, daß da, wo die Arbeiterschaft sozialdemokratisch ist, Sozialdemokraten in der Rassenverwaltung sitzen. Zudem ist die Krankentasse eine Einrichtung, die für die Unternehmer gar keine unmittelbare Bedeutung hat, wohl aber für die Arbeiter, und daß sie demnach hauptsächlich ein Anrecht darauf haben, die Rassen nicht nur mit zu verwalten, sondern das entscheidende Wort in der Verwaltung zu führen. Denn ihre Interessen, ganz unmittelbare Interessen, sind es, auf die es da ankommt.

Andere kapitalistische Blätter haben in letzter Zeit die der eigenen Initiative der Arbeiter entsprungene Arbeitersekretariate als der Sozialdemokratie dienend angegriffen. Gegenwärtig beschäftigt sich die Berliner Gewerkschaftskommission mit dem Plane, ein Arbeitersekretariat zu schaffen, welches über gewerkschaftliche Angelegenheiten, wie über sozialpolitische und ähnliches Fragen Jedermann Auskunft erteilen soll. Die Mittel sollen von den etwa 57000 organisierten Arbeitern Berlins in Höhe von M. 18000 bis 20000 aufgebracht werden.

Ueber dieses Projekt ist das Organ des Scharfmachers Stumm, die „Post“, ganz aus dem Häuschen; sie sieht darin unter Hinweis auf die Pariser Arbeiterbörse eine „Ueberhebung der Sozialrevolutionäre“, den Versuch, die „Schärung der Unzufriedenheit“ besser zu organisieren. Und die Staatsverwaltung wird aufgefordert, auf besagte „sozialrevolutionäre Gründung“ ein wachsame Auge zu haben!!!

Mit solchen ordnungspolitischen Schustersebravourschüben, deutliche Arbeiter, tritt die „staats-erhaltenen“ Sippe Euch entgegen, so oft es sich um ein Unternehmen handelt, das die ernste und ehrliche Wahrung Eurer Interessen bezweckt! „Gemeingefährliche Subjekte“, „Unzufrieden“ seid Ihr, wenn Ihr etwas beginnt oder erstrebt, was dem Arbeitsherrentum nicht in den Kram paßt. Bleibt daraus die richtige Konsequenz! Erweist Euch immer mehr als getreue Anhänger und Förderer Eurer Organisations und der Sozialdemokratie!

Arbeitskammern.

Die Sozialdemokratie und mit ihr die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft steht in der Gewährung und Sicherung des Koalitionsrechtes, unter Ausschluß der Möglichkeit willkürlichen Eingreifens der öffentlichen Gewalt, eine der werthvollsten Voraussetzungen dafür, daß die vielerlei Gleichberechtigung der Arbeiter nicht eine bloße Theorie bleibt. Aber sie bleibt dabei nicht stehen; sie erstrebt auch eine öffentlich-rechtliche Vertretung der Arbeitereinteressen, die unabhängig von der Staatsmacht und vom Unternehmerthum sich zu behaupten vermag. Der Gründung der sozialpolitischen Kommission im Jahre 1895 und später noch einmal machte. Dieser Vorstoß ging auch auf die Schaffung einer aus Wahlen hervorgehenden Organisation, welche Arbeitsämter, Schiedsgerichte, Arbeitskammern unter einem Reichsarbeitsamt umfaßt.

Das Reich sollte zu diesem Zweck in Bezirke von nicht unter 200 000 und nicht über 400 000 Einwohnern getheilt und für jeden solchen Bezirk sollte eine Arbeitskammer aus Arbeiter- und Unternehmervertretern gebildet werden. Die Aufgaben dieser Organisation sollten hauptsächlich bestehen in Aufnahme regelmäßiger Statistik, betreffend die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die wirtschaftliche Lage etc., in Einrichtung und Leitung des Arbeitsnachweises, in Schlichtung von Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmern, zwecks Verhütung von Streiks, in Festlegung von Minimallöhnen, in Regelung der Betriebsüberwachung etc. etc.

Die Regierung und die sogenannten „staatsbehaltenden“ Parteien haben diese Vorschläge bekämpft mit dem Erfolg, daß sie vom Reichstage verworfen wurden. Man machte gegen sie geltend, sie würden geeignet sein, den „sozialdemokratischen Einfluß auf die Arbeiterschaft“ zu hängen und die „Anbahnung eines geistlichen Verständnisses“ zwischen Arbeitern und Arbeitgeber „erst recht zu hindern.“!!! Es geht nicht, daß man in den maßgebenden Kreisen für solche eine Einrichtung kein Verständnis hat, aber daß man dem Grundegehaltig, die hier unter keinen Umständen eine Einrichtung zu Stande kommen, welche die Anerkennung der selbständigen Arbeiterorganisation bewirkt. Diese Anerkennung aber müßte bei Bewerdigung der sozialdemokratischen Vorschläge vorhanden sein, denn die Entstehung über die Vertretung der Arbeiter hätte selbstverständlich bei der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zu liegen.

Im Laufe der letzten Zeit sind ähnliche Vorschläge auch von anderer Seite gemacht worden. So von Seiten des Annahms der „Deutschen Gewerksvereine“, Dr. Max Hirsch. Dieser empfahl 1891 die Schaffung eines Reichs-Arbeitsamts als Zentralstelle, die „nicht nur die Spitze der Gewerkschaften bilden, sondern Alles, was zur Arbeiterfrage gehört und von Reich wegen erforderlich, gesammelt, angeregt, gefördert und geregelt werden kann und soll, umfassen und leiten würde.“

Kürzlich regte die Wochenchrift „Soziale Praxis“ den Plan eines Reichs-Arbeitsamts an; ihr wurde aber seitens der Regierungspresse eine ganz entsetzende Besage.

Nunmehr hat in der Generalversammlung des der ultramontanen Richtung angehörenden Verbandes „Arbeitervohls“ der bekannte Sozialpolitiker des Zentrums, Reichstagsabgeordneter Professor Dr. Hübe, Vorschläge für die Gründung von Arbeitskammern gemacht. Seine Vorschläge gehen dahin: Da die Gesellen des Handwerks in den „Gesellenauschüssen“ der Zünfte und der Handwerkerkammern „bertheilt“ sind (11), so sollen sich die Arbeitkammern beschränken auf die Vertretung der Arbeiter und Arbeitgeber der Großindustrie (Fabriken mit mindestens 20 Arbeitern). Auch die Hausindustrie soll beherbergt werden können. Die Arbeitskammern sollen bezirksweise errichtet und einem Reichs-Arbeitsamt unterstellt werden. Ihre Aufgaben sollen bestehen in, Ermittlung der Arbeitsverhältnisse, der Berichterstattung über dieselben und der „Ausarbeitung von Gutachten und Vorschlägen“ über alle möglichen Erscheinungen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens.“ Jede Gemeinde soll eine besondere „soziale Kommission“ bilden, welche die Vertreter der Arbeitskammer beruft.

Es bleibt nun abzuwarten, ob die Zentrumsfraktion des Reichstages diesen Vorschlägen Folge geben und mit einem Initiativantrag hervortreten wird. In diesem Falle, oder vielmehr auch wenn derselbe nicht eintreten sollte, wird die sozialdemokratische Fraktion ihre erwünschten früheren Anträge wiederholen.

Professor Hübe vertritt sich von der Vertretung seiner Vorschläge eine „Schwächung der Sozialdemokratie“, er meint, die von ihm projektierten Arbeitskammern würde die Arbeiter auf „nächste und praktische Ziele“ lenken, und „vernünftigen“ Anschauungen zugänglich machen. Alle ob das, was die organisierte Arbeiterschaft von jeher erstrebt hat, nicht nächste, vernünftige und realistische Ziele seien! Die Arbeiterschaft hat gütlichgewillt nicht nötig gehabt, auf die sozialpolitischen Heilsbohnen des ultramontanen Herrn Professors zu warten, um zu wissen, was ihr berechtigtes Interesse erheischt!

Die Sozialdemokratie, die organisierte Arbeiterschaft, braucht nicht erst zu verstehen, daß sie dem Prinzip, welches dem Hübe'schen Vorschläge zu Grunde liegt, durchaus zustimmt. Das hat sie schon viele Jahre früher gethan, ehe von irgend einer anderen Seite diese Arbeiterfrage aufgeworfen wurde.

Aber für das recht nahe, reaktionäre Motiv, welches dem Plan des Herrn Professors charakteristisch ist, wird man in den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft nur ein mittelbares Lächeln haben. Die Sozialdemokratie „bekämpfen“ wollen mit Einrichtungen, die sie in die vollkommener, besserer und zweckentsprechender Art selbst erstrebt, das läßt wirklich auf eine arge sozialpolitische Einseitigkeit schließen. Es ist eine tragikomische Erscheinung: auf der einen Seite Reaktionäre, die von den Arbeitskammern nichts wissen wollen aus Furcht vor der Sozialdemokratie; auf der anderen Seite Reaktionäre,

welche verkünden, daß man mit den Arbeitskammern der Sozialdemokratie „Abbruch thun“ könne! Und imponieren weder die Einen noch die Andern.

Was die Aufgaben betrifft, die Herr Hübe den Arbeitskammern zugewiesen wissen will, so genügen dieselben auch nicht entfernt den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter. Mit Vorschlägen und Gutachten und statistischen Erhebungen allein ist nichts gethan. Die Arbeitskammern müssen als öffentlich-rechtliche Körperschaft behördliche Befugnisse haben, in bestimmten Fragen gütliche Anordnungen zu treffen, so z. B. betreffend die Betriebsinspektion, die Arbeitsordnungen, Arbeitsvermittlung etc. etc. Und die Vertreter müssen herbeigeführt aus direkten Wahlen. Nur dann werden diese Organisationen ein Bollwerk für die wirtschaftlich Schwachen gegenüber dem Kapitalismus sein.

Zur Beitragsfrage.

Kollege Friedrich-Dresden schreibt: Daß eine Kampforganisation zu jeder Zeit einen Kampffonds zur Verfügung haben muß, darüber sind sich Alle klar, welche überhaupt begehren haben, weshalb sie eine Organisation angeben.

Der Gewerkschaft vornehmstes Ziel ist: ihre Mitglieder materiell besser zu stellen. Soll dieses Ziel nicht Mißtraue sein, dann dauert der Kampf ununterbrochen. Gleich zwei feindsichtigen Armeen stellen sich Arbeiter, organisiert in den Gewerkschaftsverbänden, und Unternehmern, gleichfalls organisiert, gegenüber. Jede Partei sucht die Schwäche der anderen auszunutzen. Der Arbeiter ist auf jeden Fall der Schwächerer, wenn er sich eines starken Rückhalts nicht erfreut. In dieser Hinsicht kann selbst der aufgeklärteste Arbeiter nichts ändern. Was nützt es ihm, wenn er höheren Lohn verlangt, oder dagegen protestirt, wenn ihm derselbe gekürzt wird? Die Noth zwingt ihn, sich in das Joch des Unterjoches zu fügen. Aber auch dann, wenn alle Arbeiter aufgeklärt wären und sich nicht ohne Weiteres dem Wohlgebot des Unterjoches fügen würden, könnte nicht viel erreicht werden. So lange sie Geld zum Zusehen hätten, könnten sie dem Unternehmerthum Trotz bieten, aber nach einigen Tagen müßten sie, da bekanntlich die Mehrzahl der Arbeiter kein Geld zum Zusehen hat, ihren Widerstand aufgeben und zu den Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen, die ihnen vom Unternehmerthum geboten werden. Niemand wird mir das abstreiten wollen.

Und weil nur einmal die Dinge so und nicht anders liegen, lösen sich auch alle die schönen Theorien derjenigen, die von großer Wohlthaten mit niedrigen Beiträgen das Ziel erwarten, in eitel Dumm und Nebel auf. Ein wackelnder Beitrag, für 40 Wochen im Jahre erhoben, wird ungeführt zureichen, die Anlagen für den „Gewerksheim“, also die Kosten der Agitation in dieser Beziehung zu decken. Es kommen aber noch die Kosten für die allgemeine mündliche Agitation und andere Ausgaben dazu. Nun mögen diese Nachdenklichen doch einmal ausrechnen, was bei dem jetzigen Beitrag für den Kampf übrig bleibt. Auch die Argumentation, daß die großen Städte das meiste Geld kosten, ist falsch. Die Straßenerrechnungen beweisen, daß die Streiks in kleinen Städten bedeutend mehr kosten, als die Streiks in großen Städten. Und es ist überhaupt in kleinen Städten eingetretet haben und auch noch eintreten werden.

Ich will ihnen deshalb einen Vorwurf nicht machen; ich will nur beweisen, daß dieser Vorwurf nicht am Platze ist. Leipzig, Berlin und Dresden haben als große Städte, wo Streiks in den letzten Jahren stattfanden, der Hauptkasse allerdings größere Summen gekostet, in den darauffolgenden Jahren ist aber das erhaltene Geld prompt zurück geflohen worden. (Siehe Leipzig, welches außer Magdeburg das meiste Geld erhalten hat.)

Dann ist noch Eins in Betracht zu ziehen. Wenn nämlich der Lohn in einer großen Stadt gestiegen ist, gestiegen durch die Macht der Organisation, dann steigt er gewöhnlich ohne bemerkbaren Zutritt der Kollegen in der Umgegend von selbst. Beweis: Die Umgegend von Dresden. Anderwärts trifft dasselbe auch zu. Aber ich will nicht behaupten, was ich nicht beweisen kann.

Vor dem 9ten Streik in Dresden stand hier der Lohn auf 85 und 86 M., in der Umgegend auf 20 bis 32 M., heute, wo hier ein Lohn von 44 und 45 M., bereinigt auf 48 M. gesetzt wird, erhalten die Kollegen in der Umgegend 25 bis 32 M., ohne daß die Konjunktur besser geworden ist.

In einer Stadt, wo etwa 100 Maurer arbeiten, kann das Arbeitsangebot bedeutend klein sein, wenn nur 25 Mann nach einer großen Stadt ziehen, wo der Lohn höher liegt. Sie würden aber nicht abziehen, wenn in der anderen Stadt der gleiche Lohn, den sie an ihrem Heimatort erhalten, gezahlt wird. Nachdem der Lohn in Dresden gestiegen war, konnten sie den Unternehmern gut sagen, wenn du nicht willst, geh ich nach Dresden, dort steht ich mich besser. Grund dessen behauptete ich, daß die Dresdener Maurer nicht allein für sich gekämpft haben, sondern für die Umgegend mit, bis in die Bauzeit das Ertragebilde hinein.

Nun haben zwar die Meister auf ihrem Stimmungstage in Dresden nicht den Beschluß gefaßt, die deutschen Maurer auszuipern, aber die Ausfahrungen des Herrn Simon haben uns doch offenbart, daß sie, die Meister, alljährlich den Maurern den Krieg erklären müßten, wo es nur eben angänglich erscheint; und